

Die Deputation erklärt sich, auf ihr von den Herren Regierungskommissaren gewordene Auskunft, mit diesen kleinen Gehaltsaufbesserungen einverstanden, so aber, daß die 40 Thlr. Zulage für den Aufwärter, weil über Das hinausgehend, was Bediensteten in gleichen oder ähnlichen Fällen gewährt und im vorliegenden Falle nur wegen besonderer persönlicher Verhältnisse postuliert wird, wieder als persönliche Zulage auf den transitorischen Etat kommen, und beantragt hiernach, die Pos. 7 mit

6,260 Thlr. etatmäßig,  
40 = transitorisch,  
6,300 Thlr. in Summa

zu bewilligen.

Präsident Dr. Haase: Ich erwarte, ob Jemand in Bezug auf diese Position das Wort begehrt? — Die Deputation hat Ihnen vorgeschlagen, diese Position mit 6300 Thlr., nämlich 6260 Thlr. etatmäßig und mit 40 Thlr. transitorisch zu bewilligen. Bewilligen Sie in dieser Maße die geforderte Summe? — Einstimmig Ja.

Referent Abg. Poppe:

Pos. 8.

Geheime Cabinetskanzlei.

Für die Finanzperiode 1855/57 wurden bewilligt  
1,700 Thlr.

und für die von 1858/60 die gleiche Summe beantragt, und da die Deputation hierzu nichts zu bemerken findet, so hat sie der verehrten Kammer vorzuschlagen,

Pos. 8 mit 1,700 Thlrn.

zu genehmigen.

Präsident Dr. Haase: Es scheint nicht, daß Jemand über diese Position zu sprechen wünsche. Bewilligt die Kammer Pos. 8. mit 1700 Thlr.? — Einstimmig: Ja.

Referent Abg. Poppe:

Pos. 9.

Die Ordenskanzlei.

Im letzten Budget waren dafür nur  
500 Thlr.

postuliert und bewilligt, in dem den Ständen jetzt vorliegenden werden aber

1,500 Thlr.

und sonach 1,000 Thlr mehr gefordert.

Die hohe Staatsregierung hatte schon beim vorigen Landtage zu erkennen gegeben, daß sie kaum glaube, mit der postulierten Summe auszukommen, indeß wünschte dieselbe doch vorerst weitere Erfahrungen hinsichtlich des Bedarfs abzuwarten. Eben nach diesen aber, wozu auch die Zahlen im Rechenschaftsberichte bereits vollständigen Beweis geben, ist es nothwendig geworden, das Postulat jetzt um 1,000 Thlr. zu Bestreitung des Aufwands für den Verdienst- und Albrechtsorden zu erhöhen.

Die Deputation empfiehlt die Genehmigung der Pos. 9 mit  
1,500 Thlrn.

Präsident Dr. Haase: Bewilligt die Kammer die bei Pos. 9. geforderten 1500 Thlr.? — Gegen eine Stimme: Ja.

Referent Abg. Poppe:

Pos. 10.

Das Hauptstaatsarchiv.

Für diese Position sind zuletzt

5,224 Thlr. etatmäßig,  
400 = transitorisch,

zusammen 5,624 Thlr.

bewilligt worden, und für die Finanzperiode 1858/60 werden gefordert

5,450 Thlr. etatmäßig,  
400 = transitorisch,

zusammen 5,850 Thlr., und daher  
226 Thlr. mehr.

Diese Erhöhung entsteht durch

100 Thlr. Gehaltsaufbesserung für den Registrator von  
500 Thlr. auf 600 Thlr.,

100 = dergleichen für den Kanzlisten von 300 Thlr.  
auf 400 Thlr.,

26 = dergleichen für den Aufwärter von 224 Thlr.  
auf 250 Thlr.,

226 Thlr. mehr, w. o.,

also wiederum durch bessere Dotation von drei Stellen, für deren Gewährung sich die Deputation auch um deswillen zu verwenden hat, da das Postulat gegen die Finanzperiode 1849/51 und der von 1855/57 doch etwas geringer geworden ist.

Nach dieser Auffassung schlägt daher die Deputation der geehrten Kammer vor:

Pos. 10

mit 5,450 Thlr. etatmäßig und  
400 = transitorisch

zu genehmigen.

Abg. Heyn: Ich wünschte nur eine Auskunft von dem Herrn Referenten. Die Budgetvorlage bestimmt über die Aufbesserung der Gehalte bis zu 500 Thlr. im Allgemeinen 10 Procent für dieselbe. Es stellt sich nun aber sowohl bei der vorigen, als auch in der jetzigen Position die Gehaltsaufbesserung etwas höher als 10 Procent heraus und infolge dessen wünschte ich vom Herrn Referenten zu erfahren, auf welche Weise jener Normalsatz überschritten worden ist. Es handelt sich hier nicht allein um die Wenigkeit überhaupt, sondern auch um das Princip selbst. Wenn in der Budgetvorlage nur von einer bis zu 10 Procent gehenden Gehaltsaufbesserung der Staatsdiener die Rede ist, so wünsche ich auch zu wissen, warum bei dieser Position eine über 10 Procent hinausgehende Aufbesserung stattgefunden hat.

Referent Abg. Poppe: Die allerdings hier mehr wie 10 Procent betragende Aufbesserung der drei in Frage stehenden Gehalte wird dadurch von Seiten der Deputation wie ich glaube gerechtfertigt erscheinen, als es sich hier um Stellen von Beamten handelt, die nach ihrer Ansicht eine größere Gehaltszulage unter allen Umständen erforderten. Der Herr Abgeordnete wird sich erinnern, daß schon damals der Vorbericht der Deputation die Erklärung enthielt, daß allerdings in vielen Fällen Abweichungen in der Gehaltsauf-